

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Baumgärtel u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Zankowstraße 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 8. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 901.

Prämienvermerk zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 M., 2 Exempl. 2.90 M. Zu der Expedition und den Ausgaben des Vierteljährlich 2 M. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigergebühren: die sechsstelligen Zeitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 890

Nr. 217.

Magdeburg, Dienstag den 18. September 1906.

17. Jahrgang.

## Ein Schritt vorwärts.

Aus Wien wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Die Herbstkampagne des Parlaments wurde mit dem Wahlreformauschuss, der seit dem 12. ds. wieder Sitzungen hält, eröffnet. Man sah der ersten Sitzung nach den siebenwöchigen Ferien mit einer gewissen Spannung entgegen, denn allgemein erwartete man, daß die bekannten Intriganten den Kampf gegen die Wahlreform mit frischen Kräften aufnehmen werden. Waren sie doch während der heißen Hundstage nicht müßig geblieben, zu hegen und zu schüren.

Sonderbarerweise ist das, was man bestimmt erwartet hatte, bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. Denn ohne Schwierigkeit konnte der Ausschuss den § 7 der Vorlage, der den Umfang des Wahlrechts festsetzt und das allgemeine, gleiche Wahlrecht festlegt, erledigen.

Es gibt für diese unerwartete Erscheinung nur zwei Gründe: entweder ist den Gegnern der Reform plötzlich das Herz in die Hose gefallen, oder aber es dünkt ihnen der Moment noch nicht gekommen, wo sie mit ihrer hinterhältigen Taktik einsetzen können. Vielleicht ist es doch möglich, daß ihnen langsam die Erkenntnis aufdämmert, daß die Wahlreform, um die sich seit Jahresfrist das Um und Auf der gesamten innerösterreichischen Politik dreht, gerade zu einer unaufhaltbaren Sache geworden ist, gegen welche sie mit Erfolg nicht aufzukommen vermögen. Hat doch die Worte, die wir bereits vor einigen Monaten an dieser Stelle ausgesprochen haben: es gibt kein Zurück!, auch der Ministerpräsident gleich in der ersten Sitzung des Ausschusses am 12. ds. in einem beweglichen Appell ausgerufen.

Wer hier im Lande das logische Denken nicht völlig eingebüßt hat, muß sich sagen, daß die Vereitelung der Wahlreform nicht weniger heißt, als den Staat in neue, furchtbare Krisen stürzen, deren Konsequenzen unabsehbar wären. Wer sich nur einen kleinen Rest von Vernunft bewahrt hat, der kann sich das Eingeständnis nicht verhehlen, daß das schlimmste Verbrechen, das am Staat und seinen Vätern begangen werden könnte, die Niederringung jener Reform wäre, die das ganze politische Leben in Oesterreich von Grund aus umgestalten soll.

Denn ob Wahlreform oder nicht, so viel steht fest: das Privilegienparlament ist so gut wie begraben. Die Frage lautet nicht: Privilegienparlament oder Volksvertretung, sondern sie lautet: entweder ein Parlament auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts oder überhaupt kein Parlament mehr. Mit elementarer Gewalt hat sich dieser Gedanke, der den tiefsten Charakter der politischen Situation widerspiegelt, in allen Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Nation durchgerungen. „Die Wahlreform muß gemacht werden“, in diesen Satz läßt sich die allgemeine Rechtsüberzeugung kleiden. Staat und Parlament kann ihr nicht entrinnen, weil ohne sie nicht nur das Parlament, sondern auch der Staat, dessen altes morsches Gefälle in allen Fugen kracht, gefährdet ist.

Es wäre unter solchen Umständen kein Wunder, wenn die Gegner der Wahlreform endlich die Segel streichen und sich resigniert in ihr Schicksal — eventuell nicht mehr gewählt zu werden, denn diese Sorge ist das Hauptmotiv ihrer Gegnerschaft — fügen würden. Aber so kleinlaut sie momentan auch sind, so daß es den Eindruck erwecken könnte, als verzweifeln sie an dem Siege ihrer schlechten Sache, oder als hätten sie sich zu einer besseren, gerechteren Auffassung über das Reformwerk durchgearbeitet, es ist ihnen nicht über den Weg zu trauen, und es hieße die Situation viel zu optimistisch beurteilen, wollte man sich zu der Annahme verleiten lassen, als hätten die Feinde des Volkes vor der merkwürdigen Kraft der Wahlreform bereits kapituliert. Man begegnet seit einigen Tagen hier dieser Annahme, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie auch hier und da ins Ausland telegraphiert wird.

Nach der Abstimmung über den § 7 des Grundgesetzes dürfte die Reformgegner im Ausschuss ihre Sache zum großen Teil verloren geben, obwohl auch im Ausschuss noch eine gefährliche Klippe, in welche nationale Zündpatronen eingebettet sind, zu umschiffen ist. Wir meinen da die Forderung der Deutschen, daß in der Zukunft zu einer Änderung der Wahlbezirke eine Zweidrittelmajorität notwendig sein soll, eine Forderung, der die Tschechen gegenwärtig noch auf das energischste opponieren, die aber sorgfältig im Auge zu behalten ist.

Im Wahlreformauschuss also werden für die Intriganten kaum mehr Vorbereitungen zu pflichten sein, allein es bleibt ihnen für ihre verbrecherische Tätigkeit noch immer bei der Plenarberatung ein weites Arbeitsfeld und es gewinnt den Anschein, als wollten sie die Beratungen im

Plenum zum Objekt ihrer gewissenlosen Operationen machen. Trotz der entscheidenden Abstimmung im Ausschuss stehen der Wahlreform unzweifelhaft nach bewegte Tage bevor.

Nach dem vom Wahlreformauschuss akzeptierten § 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung wird jeder 24 Jahre alte österreichische Staatsbürger — mit jenen auch im Auslande üblichen Ausnahmen — zur Wahl eines Abgeordneten wahlberechtigt sein. Zugleich normiert er für die Wahlberechtigung die Verpflichtung der einjährigen Sechshaftigkeit.

Bei der Verhandlung über den § 7 standen zwei Aktionen des Intrigantenklüngels in Aussicht: eine solche, die auf die Einführung eines Pluralwahlrechts und eine solche, die auf eine Verlängerung der Sechshaftigkeit abzielt, und die beide die völlige oder teilweise Entziehung der Arbeiter bewirken sollen. Man machte sich deshalb auf eine sehr lange Debatte und auf einen heftigen Zusammenstoß zwischen den Anhängern und Feinden der Reform gefaßt. Bekanntlich waren es bisher stets die Christlichsozialen (Antisemiten), die in erster Linie für eine namhafte Verlängerung der Sechshaftigkeit eintraten. Herr Lueger sprach immer von fünf Jahren und ging dann auf drei Jahre herunter. Sie sind indes rechtzeitig zur Einsicht gelangt, daß sie mit ihrem Verlangen schwer reüssieren würden und daß sie damit sich vielfach ins eigne Fleisch schnitten. Sie lenkten daher ein und erklärten sich mit der einjährigen Sechshaftigkeit, wie sie die Regierung vorschlägt, einverstanden. Natürlich zum nicht geringen Aerger der Reformfeinde, die in dem Belang ihre Hoffnungen gerade auf die Christlichsozialen gesetzt hatten. Es mußte nun einer von den gegängigsten Gegnern der Wahlreform, der deutschösterreichische Abgeordnete und erste Vizepräsident des Hauses, Professor Hajer — für welche Schändlichkeit jände sich nicht ein deutscher Professor! — bequemen, einen Antrag auf Verlängerung der Sechshaftigkeit einzubringen und zu „begründen“. Der gute Mann wünscht statt einem Jahr zwei Jahre Sechshaftigkeit. Er blieb mit seinem volksfeindlichen Antrag in der Minorität — selbst seine eignen Parteigenossen, von denen einer, Dr. v. Derzhatta, auf der Ministerbank sitzt, ließen ihn im Stich. Allerdings blieb auch der sozialdemokratische Antrag auf gänzliche Streichung der Sechshaftigkeitsklausel in der Minorität. Tatsache ist, daß durch die einjährige Sechshaftigkeit Tausende Arbeiter um das Wahlrecht gebracht werden.

Nur mit schwerem Herzen haben sich die Arbeiter entschlossen, die einjährige Sechshaftigkeit vorläufig in den Kauf zu nehmen, um den Hegen gegen die Reform nicht unwillig Helfersdienste zu leisten. Die Arbeiter sind Realpolitiker und nehmen darauf Bedacht, sich gegenwärtig nur auf solche Postulate zu versteifen, deren Durchsetzung im Bereich der Möglichkeit liegt. Sie wissen, daß auch sie zu Zugeständnissen verpflichtet sind bei einem Werke, das sich aufbaut auf einer Reihe von Kompromissen. Ihr heftiger Kampf gegen die Bestimmung einer Sechshaftigkeit überhaupt hat die Beseitigung der Sechshaftigkeitsklausel nicht durchzusetzen vermocht. Aber es ist darüber keine Täuschung möglich, daß man es ohne diesen Kampf nicht bei einer einjährigen Sechshaftigkeit belassen hätte. Der schmutzige Antrag des deutschösterreichischen Professors wäre dann sicher zu einem Beschluß erhoben worden.

Garz unsonst haben sich somit die Arbeiter gegen die Sechshaftigkeit nicht gewehrt. Es wird mit zu den Aufgaben des zukünftigen Volksparlaments gehören, den Rechtsraub, der durch die Verpflichtung einer einjährigen Sechshaftigkeit an Tausenden Proletariern verbrochen wird, wieder auszuräumen. Vorläufig müssen sie sich damit zufriedustellen, daß der Antrag auf eine viel weitergehende und dann noch viel empfindlicher wirkende Sechshaftigkeit zu Falle gebracht wurde. Aber eben nur vorläufig.

Ein Antrag auf die Statuierung eines Pluralwahlrechts wurde bei der Verhandlung über den § 7 nicht eingebracht, wohl aber von dem deutschösterreichischen Dr. Tollinger für ein späteres Stadium der Beratung angekündigt. Welche Absichten er hat, darüber haben wir uns bei einer früheren Gelegenheit geäußert. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge ist es nicht wahrscheinlich, daß er im Ausschuss eine Majorität auf sich vereinigen könnte. Seine Annahme wäre für die Arbeitererschaft ein erster Kriegsfall, der einen verheerenden Sturm heraufbeschwören müßte. Einen Sturm, der nicht nur der Regierung das Leben kosten würde. Es ist nicht anzunehmen, daß Regierung und Majorität danach eine starke Sehnsucht empfinden.

Alles in allem hat die Wahlreform durch die Beschlußfassung des Ausschusses über den § 7 im Sinne der Regierungsvorlage eine wesentliche und wichtige Etappe zurückgelegt.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 17. September 1906.

### Zentrum und Fleischsteuerung.

Die „Ööln. Volksztg.“ veröffentlicht eine Zuschrift an Beamtenkreisen an die katholische „Sozialpol. Korresp.“, die für die nahezu unersehbar gewordenen hohen Fleischpreise die Agrarier und die Regierung verantwortlich macht, welche letztere sich gegenüber der allgemeinen Skalamität vollständig passiv verhält. Die Zuschrift verlangt dringend eine erweiterte Deffnung der Grenzen für Schlachtvieh unter den gebotenen Schutzmaßnahmen gegen die Seucheneinfuhrkontingents in Oberösterreich.

Die „Westd. Arbztg.“, das Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands, übernimmt die Zuschrift und bemerkt hierzu: „Es ist hohe Zeit, daß die Regierung aus dem Stadium des Zusehens und des Erwägens herauskommt. Die Konsumenten verstehen das nicht mehr. Sie meinen: Wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Und sie haben recht.“

Auch der Berliner „Germania“ ist der Beschluß der Berliner Fleischerrinnungen, die ebenfalls eine unverzügliche Deffnung der Grenzen verlangen, höchst unbequem; sie sucht zwar den Agrariern beizuspringen, kann aber doch nicht umhin, zuzugestehen, daß die Deffnung der Grenzen „sich in gewissen Fällen in Erwägung ziehen lasse.“

Da das Agrariertum das parlamentarische Zentrum beherrscht, werden die „gewissen Fälle“ nicht eintreten, es sei denn, die Masse der Konsumenten setzte sich ganz anders zur Wehr wie das bisher geschehen ist. —

### Korruption und Junkertum.

Der an dieser Stelle aufgezeichnete Beschluß des Berliner konservativen Wahlvereins, wonach „kein Beamter und am wenigsten ein leitender Beamter, direkter oder indirekter Teilhaber eines Geschäfts sein soll, das mit dem Reiche oder dem Staate arbeitet, hat die lebhafteste Mißbilligung der hochkonservativen „Kreuzzeitung“ gefunden. „Wie aber“, ruft sie in ehrlicher Entrüstung, „wenn ein Staatsbeamter, der auch Besitzer eines Gutes ist, sein Getreide an die Probiantämter zu verkaufen Gelegenheit hat? Soll ihm auch das vertehrt werden?“ So allgemein wie es die Berliner Gesinnungsgenossen getan haben, lasse sich also das Verbot nicht fassen, und es sei überhaupt nicht möglich, dafür eine allgemeine Formel zu finden.

Die allgemeine Formel, nach der die „Kreuzzeitung“ vergeblich sucht, ist längst gefunden und wird von ihr selbst deutlich genug ausgesprochen: Korruption ist, als den altpreussischen Grundsätzen widersprechend, streng verboten, außer wenn ein Junker an ihrem Profit angemessen beteiligt ist. In letzterem Falle entspricht sie den altpreussischen Traditionen und ist vollkommen erlaubt. —

### Die rote Reichspost.

Die Mitteilung, daß im Gebäude des Apollotheaters in Mannheim, wo der sozialdemokratische Parteitag abgehalten werden wird, zur Benutzung der Kongreßteilnehmer und Berichterstatter ein besonderes Postamt provisorisch errichtet wird, hat einige schatzmacherische Blätter mit gelindem Grauen erfüllt. Hat die Postbehörde, so fragen sie, wirklich keine andre Sorge, als daß die revolutionären Ideen des Mannheimer Parteitags mit möglicher Beschleunigung in die ganze Welt verbreitet werden?

Daß das Postamt im Apollotheater auch den bürgerlichen Berichterstattern vortreffliche Dienste leisten wird, kommt für diese Patrioten nicht in Betracht. Ihnen wäre es am liebsten, wenn das nächste Telegraphenamt in Nitzbüttel wäre, und die Journalisten zu Fuß da „hinüber“ laufen müßten.

Die Post wird den furchtbaren Grundgedanken der schatzmacherischen Kritik nicht nur zu beherzigen, sondern auch weiter zu entwickeln verstehen. Ist es nicht ein Stand, daß in unserm christlich-germanischen Staate die Beamten eines kaiserlichen Amtes mit ihren Briefen, Paketen, Zeitungen — ja sogar, wenn, auch in seltenen Fällen, mit ihren Geldbriefen — den roten Umsturzmännern die Türen einrennen? Müßte nicht die Post sich erst sorgfältig nach den Gesinnungen der Personen erkundigen, mit denen sie in dienstlichen Verkehr tritt?

Eine Umsturzworlage gegen die Reichspost tut dringend not! —













Sittensverbrechen eines Lehrers.

Von der Stammer in Marburg wurde der Lehrer Heinrich ...

Eisenbahnunglück.

Ein Personenzug stieß Sonntag früh in der Nähe von ...

Schwere Unglücksfälle.

Auf der Kruppischen Beche Hannover in Gänigfeld ist der ...

Erdbeben?

Die Instrumente des geodätischen Instituts auf dem Telegraphen- ...

Durch giftige Gase getötet.

In einer Zellulosefabrik zu Budapest wurden durch Aus- ...

Eine fürchterliche Explosion.

In der Nähe von Besancon ereignete sich aus bisher noch nicht ...

Literarisches.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgeschickt. ...

Wühler Herzberg, Sozialdemokratie und Anarchismus.

Ludwigshafen a. Rh. 1906. Gerich u. Co. Preis 20 Pfennig. ...

Bereins-Kalender.

Töpfer! Mittwoch den 19. September, abends 6 Uhr, Ver- ...

Marktberichte.

Magdeburg, 15. September. (A m l i c h e Notierungen.) Die ...

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbunzlau, Baum, Rudweis) and water level data for 14. and 15. Sept.

Table with columns for location (e.g., Straußfurt, Weißenfels) and water level data for 15. and 16. Sept.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Das Einweisswasser bei Brechdurchfall erfüllt nicht ...

Advertisement for 'Bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Neuralgien' with 'Indoform' product.

Advertisement for 'Buchhandlung Volksstimme' featuring 'Portemonnaies, einfache u. elegante, Zigarren- u. Zigaretten- u. Ledertaschen usw.'

Advertisement for 'Walhalla' featuring 'Das neue weltstädtische Riesen-Programm! 11 erstklassige 11 Spezialitäten'

Advertisement for 'Bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Neuralgien' with 'Indoform' product.

Advertisement for 'Präzisions-Schiebelehren' by Edm. Bölsche.

Advertisement for 'Im Zirkus' featuring 'Sherlock Holmes'.

Advertisement for 'Stadt-Theater' and 'Wilhelm-Theater'.

Advertisement for 'Zodesfälle' listing various deaths.

Advertisement for 'Billige Schuhwaren' by A. Kleinfeld.

Advertisement for 'Die Puppentheater'.

Advertisement for 'Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter'.

Advertisement for 'Zodesfälle' listing various deaths.

Large advertisement for 'Grosse öffentl. Versammlung' by Gast- u. Schankwirte u. Saalbesitzer.

Advertisement for 'Stadtesamt' listing various administrative matters.

Advertisement for 'Zodesfälle' listing various deaths.